

09.06.2018

DER TAGESSPIEGEL

POTSDAMER

NEUESTE NACHRICHTEN

Längere Entschädigung für SED-Opfer

Diktaturbeauftragte fordern Entfristung der Ansprüche. Woidke kündigt weitere Bundesratsinitiative an

VON MARKUS GEILER
UND LUKAS PHILIPPI

POTSDAM - Bei der Aufarbeitung der SED-Vergangenheit darf es nach den Worten von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) keinen Schlussstrich geben. „Das bleibt für uns in Brandenburg ein wichtiger politischer Auftrag“, sagte Woidke am Freitag beim gemeinsamen Bundeskongress der Diktaturbeauftragten für die Stasi-Unterlagen der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Aufarbeitungsinitiativen in Potsdam. Verfolgung, Haft und der Verlust von Arbeitsplatz und sogar Heimat hätten schwere seelische Narben bei vielen Betroffenen hinterlassen, so Woidke.

Bei dem Kongress forderten die Diktaturbeauftragten der ostdeutschen Länder

vom Bundestag eine baldige Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Der Bedarf an finanzieller Entschädigung für erlittenes SED-Unrecht und politische Verfolgung in der DDR sei weiterhin sehr groß. Immer mehr Menschen, teilweise in der zweiten und dritten Generation, würden sich an die Beauftragten wenden, um für sich oder ihre Angehörigen eine finanzielle Entschädigung für das erlittene Leid zu bekommen.

Bislang sind Anträge auf Entschädigung für SED-Opfer nur bis Jahresende 2019 befristet. Der Bundesrat hat sich bereits für eine Entfristung ausgesprochen, derzeit liegt der Gesetzesentwurf im Bundestag. Auch im Koalitionsvertrag ist eine Entfristung vereinbart worden. Allerdings habe er den Eindruck, dass vielen Abgeordneten die Dringlichkeit des Pro-

blems nicht bewusst sei, kritisierte der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello.

Woidke verwies darauf, dass Brandenburg bislang als einziges Bundesland ei-

Brandenburg hat als einziges Land einen Härtefallfonds

nen Härtefallfonds in Höhe von 50 000 Euro eingerichtet habe zur Unterstützung von in der DDR-Zeit politisch Verfolgten, die sich in Notlagen befinden. Zugleich sollten durch eine weitere Bundesratsinitiative die Unrechtsbereinigungsgesetze so novelliert werden, dass die soziale Lage politisch Verfolgter verbessert werde,

kündigte Woidke an. Die Brandenburger Diktaturbeauftragte Maria Nooke sprach sich für eine Vereinfachung der Entschädigungsverfahren aus. Zudem sollte der Kreis der Anspruchsberechtigten um sogenannte Zersetzungsoffer und in der DDR politisch verfolgte Schüler erweitert werden. Immer wieder scheiterten Betroffene in dem Antragsverfahren an den zu hohen bürokratischen Hürden, kritisierte Nooke.

Zur aktuellen Debatte um mögliche rechtspopulistische Neigungen einiger SED-Opfer und früherer DDR-Dissidenten sagte Nooke, viele Betroffene von politischer Verfolgung in der DDR seien verbittert, weil es für sie im Rechtsstaat so schwierig sei, zu ihrem Recht zu kommen: „Wenn die Leute dann frustriert sind, ist das nachvollziehbar.“ (epd)